

„Umweltschutz ist Friedenspolitik“

Herr Töpfer, suchen die reichen Länder die Lösung der Umweltprobleme tatsächlich am falschen Ort?

Ja, die wirklichen Probleme der Entwicklung häufen sich in Afrika. Dort wächst die Bevölkerung, dort herrscht eine für uns gar nicht vorstellbare Armut, dort vergrößern sich die Wüstenflächen. Aber die Gründe für die dortige Entwicklung liegen nicht in Afrika selbst, sondern daran, dass wir unsere Hausaufgaben nicht machen, weil wir zum Beispiel unsere CO₂, also Kohlendioxid-Emission nicht eindämmen.

Aber Länder wie Deutschland verfolgen doch ehrgeizige Ziele im Umweltschutz?

Das reicht nicht. Es ist leichter, hier zu Lande bei einzelnen Projekten Fortschritte im Umweltschutz zu machen und in der Entwicklung zusammenzuarbeiten, als wirklich die Kosten für den Umweltschutz selbst zu tragen. In den Preisen, die wir für Güter und Dienstleistungen zahlen, sind nämlich diese vollen Kosten nicht enthalten. Wir wälzen sie ab – aber das hilft nicht: Irgendjemand zahlt sie. Entweder die, die in anderen Teilen der Welt, in den Entwicklungsländern, leben, oder kommende Generationen. Die Kosten werden nicht von denen getragen, die sie verursachen.

In letzter Zeit wurden Stimmen laut, nach denen die Terroranschläge des

11. September mit Armut und somit auch mit Umwelt- und Entwicklungsproblemen zu tun hätten. Können Sie solche Überlegungen nachvollziehen?

Nein. Es wäre gänzlich falsch, würde man hier eine Begründung oder eine wie auch immer geartete Erklärung finden. Terrorismus ist durch nichts, durch gar nichts zu begründen. Es ist auf der anderen Seite ganz sicherlich klar – und das war auch vor

dem 11. September schon klar –, dass Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeit zu einem Teil die Friedenspolitik der Zukunft ausmachen. Ein Beispiel: Wasser in Einzugsgebieten von Flüssen wird von mehreren Staaten genutzt. In Europa haben wir beispielsweise eine Konvention zum Schutz des Rheins verabschiedet, damit nicht die Menschen flussabwärts alle Probleme zu bewältigen haben, die die Menschen flussaufwärts nicht gelöst haben. Überall dort, wo wir Kosten abwälzen, entstehen Spannungen. Deswegen sage ich noch mal, dass diese globale Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeit die Friedenspolitik der Zukunft ist.

Meinen Sie denn, dass das gelingt? Vor neun Jahren wurden in Rio große Pläne geschmiedet, in Kioto klang es so, als wäre Umweltschutz nur noch ein schöner Traum: Russland macht einen Kuhhandel mit seinen Wäldern, um sich nicht an Vereinbarungen halten zu müssen, und die USA sind sogar ausgestiegen.

Auch ein langer Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Auch Friedensprozesse sind häufig langfristige Prozesse. Und deswegen darf man sich nicht entmutigen lassen. Auch wenn man an vielen Stellen gern einen schnelleren Fortschritt hätte.

Wo zum Beispiel?

Ganz sicherlich ist es notwendig, dass wir für viele Flusssysteme wie etwa Euphrat und Tigris, Nil, Mekong oder auch für den Tschadsee jetzt schon rechtlich bindende Regelwerke vereinbaren, die festlegen, wie das Wasser genutzt wird. Es gibt über 300 solcher von mehreren Staaten gemeinsam genutzten Gewässer, bei denen das dringend geregelt werden müsste, ganz zu schweigen von den Ozeanen. Wir haben

auch drängende Probleme im Klimabereich und mit Chemikalien, es gibt unglaublich viele solcher Beispiele, die uns, wenn wir sie nicht in Angriff nehmen, Schwierigkeiten und Konflikte eintragen können.

2002 soll in Johannesburg die Folgekonferenz von Rio stattfinden. Es soll eine Konferenz für nachhaltige Entwicklung werden. Was bedeutet das?

Es ist beinahe zynisch: Wer nicht einmal weiß, was er morgen essen soll, kann nicht darauf aufmerksam gemacht werden, dass ein Baum nicht gefällt werden darf, weil dadurch der Wasserhaushalt oder die Bodendecke gefährdet wird. Die Armut ist die große und die giftigste Substanz für die Umwelt in dieser Welt. Wir müssen also die Verbindung von Umwelt und Entwicklung herstellen, und das nennen wir nachhaltige Entwicklung.

Es ist jetzt viel von so genannten Public-Private-Partnerships, also gemeinsamen Projekten von Behörden und privatwirtschaftlichen Unternehmen, zu hören. Wie kann man die Privatwirtschaft, den Markt für den Umweltschutz nutzen? Den Markt kann man sehr gut dazu nutzen, wenn man ihm die Ziele vorgibt. Ein Beispiel ist die Minderung von CO₂-Emissionen, die man mit marktwirtschaftlichen Mitteln erreichen kann.

Wie soll das denn funktionieren?

Das funktioniert zum Beispiel bei Kohlekraftwerken. Erst fragt man, wer kann dieses Kraftwerk an welcher Stelle zu den günstigsten Kosten so verbessern, dass es mit weniger Kohle die gleiche Energie erzeugt, dass also der Wirkungsgrad erhöht wird. Und welches das Unternehmen ist, das diese Verbesserungen auf den Weg bringen kann,

das sagt uns der Markt, das ist ja genau der Punkt. Der Markt ist da sehr einflussreich. Es gibt dutzende von Beispielen, bei denen man sagt: Wir nutzen mehr erneuerbare Energien und können daher ein Kohlekraftwerk abstellen. Wir sparen diese CO₂-Emissionen und nutzen das Eingesparte, um an anderer Stelle zu investieren. Es ist allerdings nicht meine Aufgabe, konkrete Investitionsprojekte anzuschreiben.

Wie sehen Sie die Zukunft solcher Public-Private-Partnerschaften? Sehen Sie diese eher in Deutschland oder in der Dritten Welt?

Ich sehe sie sowohl in Deutschland als auch in der Dritten Welt – und sie sind ganz, ganz wichtig. Wir brauchen die Privatwirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung. Und darum ist es gut, dass wir solch eine Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand, also zwischen einem Staat oder einer Stadt auf der einen Seite, und einem Privatunternehmen auf der anderen Seite haben. Privatunternehmen könnten in die Wasserversorgung eingebunden werden, dort investieren, auch Investitionsmittel stimulieren – was dann über die Wasserpreise refinanziert werden kann. Private Unternehmen haben ja bei uns in vielen Bereichen bereits in die Energieversorgung investiert. Also: Sehr viele solcher Public-Private-Partnerships sind denkbar, sie müssen allerdings auf der Grundlage richtig ausgehandelter Verträge zustande kommen, um spätere Probleme zu vermeiden.

Sind Sie mit der Umweltpolitik der Bundesregierung zufrieden?

Ich bin nicht in Deutschland, um Zensuren zu verteilen. Ich bin hier, um meine Arbeit im globalen Maßstab voranzubringen.

Das Gespräch führte Ulrike Heitmüller